

Demonstranten versammeln sich nach EU-Verhandlungsstopp in Georgia

Protestierende versammeln sich in Georgien, um gegen die Entscheidung der Regierung zu demonstrieren, die EU-Beitrittsverhandlungen auszusetzen. Mehr als 100 Festnahmen nach gewaltsamen Auseinandersetzungen.



Am Samstagabend versammelten sich in Georgien Protestler zu den dritten aufeinanderfolgenden Nächten von Demonstrationen gegen die Entscheidung der Regierung, die Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Union auszusetzen. Laut dem Innenministerium des Landes wurden mehr als 100 Demonstranten festgenommen, als es am Freitagabend zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Die Nachrichtenagentur Associated Press beobachtete, wie Protestierende in Tiflis von der Polizei verfolgt und geschlagen wurden, während sie vor dem Parlament des Landes demonstrierten.

Proteste in Tiflis

In derselben Nacht setzte die Polizei auch massive Gewalt gegen Mitglieder der Medien ein und setzte Wasserwerfer ein, um die Protestierenden auf der zentralen Boulevardstraße der Hauptstadt, der Rustaweli-Straße, zurückzudrängen. Der umstrittene Sieg der regierenden Partei Georgian Dream bei den Parlamentswahlen am 26. Oktober, die weithin als Referendum über Georgiens Bestrebungen, der Europäischen Union beizutreten, angesehen wurden, hat zu erheblichen Protesten geführt und die Opposition zu einem Boykott des Parlaments veranlasst.

Vorwürfe der Wahlmanipulation

Die Opposition behauptet, dass die Wahl mit Hilfe Russlands, des ehemaligen imperialen Meisters Georgiens, manipuliert wurde, um Tiflis innerhalb des Einflussbereichs Moskaus zu halten. In einem Gespräch mit der AP am Samstag äußerte die georgische Präsidentin Salome Zourabichvili, dass Georgien zu einem „quasi-russischen“ Staat werde und dass die Partei Georgian Dream die wichtigen Institutionen des Landes kontrolliere. „Wir haben gesehen, was im Land passiert – es gibt keine unabhängigen Institutionen mehr, weder Gerichte noch die Zentralbank und natürlich nicht das Parlament“, sagte sie. „Wir bewegen uns immer schneller in ein quasi-russisches Modell.“

Reaktionen der Regierung

Zourabichvili wies zudem die Aussagen des georgischen Premierministers Irakli Kobakhidze zurück, der die Proteste als „gewalttätige Demonstrationen“ charakterisierte. In einer Erklärung am Samstag sagte er, Tiflis bleibe der europäischen Integration verpflichtet, behauptete jedoch, dass ungenannte „ausländische Akteure“ den „Ukrainisierungs“-Prozess in Georgien mit einem „Maidan-Szenario“ herbeiführen wollten –

ein Verweis auf die Maidan-Revolution in der Ukraine von 2014.

Forderung nach Neuwahlen

„Wir fordern keinen Umsturz. Wir bitten um Neuwahlen, aber unter Bedingungen, die sicherstellen, dass der Wille des Volkes nicht erneut verfälscht oder gestohlen wird“, betonte Zourabichvili. „Georgien hat sich immer dem russischen Einfluss widersetzt und wird nicht akzeptieren, dass seine Stimme gestohlen wird und sein Schicksal in Frage steht.“

Reaktionen der Europäischen Union

Die Ankündigung der Regierung, die Verhandlungen über den EU-Beitritt auszusetzen, erfolgte wenige Stunden nachdem das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet hatte, die die Wahlen im letzten Monat als weder frei noch fair verurteilte. In der Resolution wurde die Auffassung vertreten, dass die Wahl eine weitere Manifestation des fortwährenden demokratischen Rückschritts Georgiens sei, für den die regierende Partei Georgian Dream voll verantwortlich sei.

Demokratische Rückschritte und Sanktionen

Europäische Wahlbeobachter berichteten, dass die Wahlen im Oktober in einer gespaltenen Atmosphäre stattfanden, die von Bestechung, Doppelwahlen und körperlicher Gewalt geprägt war. Die EU hatte Georgien im Dezember 2023 den Kandidatenstatus gewährt, jedoch die Beitrittsverhandlungen auf Eis gelegt und die finanziellen Unterstützungsleistungen zu Beginn des Jahres 2023 nach der Verabschiedung eines als Rückschlag für die demokratischen Freiheiten angesehenen „Gesetzes über fremden Einfluss“ gekürzt.

Forderungen der EU-Abgeordneten

EU-Abgeordnete forderten eine Wiederholung der Parlamentswahlen innerhalb eines Jahres unter umfassender internationaler Aufsicht und durch eine unabhängige Wahlleitung. Zudem riefen sie die EU auf, Sanktionen zu verhängen und die formellen Kontakte zur georgischen Regierung zu begrenzen.

Gegenschlag des georgischen Premiers

Der georgische Premierminister wies die Forderungen umgehend zurück und bezeichnete die Äußerungen der EU-Politiker als „Kaskade von Beleidigungen“ und erklärte, dass die „Widersacher unseres Landes das Europäische Parlament in eine stumpfe Waffe der Erpressung gegen Georgien verwandelt hätten, was eine große Schande für die Europäische Union sei“. Kobakhidze ließ zudem verlauten, dass Georgien bis Ende 2028 auf alle Haushaltszuschüsse der EU verzichten werde.

Kritik an der Partei Georgian Dream

Kritiker werfen der Partei Georgian Dream, die von dem geheimnisvollen Milliardär Bidzina Ivanishvili gegründet wurde, der sein Vermögen in Russland gemacht hat, vor, zunehmend autoritär und Moskauerfreundlich zu werden. Die Partei hat kürzlich Gesetze durchgesetzt, die denen ähneln, die vom Kreml verwendet werden, um die Meinungsfreiheit und die Rechte von LGBTQ+ zu unterdrücken.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at